

DEUTSCH- LANDS RADIKALE RECHTE 1945 bis 2025

**Herausgegeben von
Martin Langebach**

**DEUTSCH-
LANDS
RADIKALE
RECHTE
1945 bis 2025**

**Herausgegeben von
Martin Langebach**

Impressum

Bonn 2026
© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn
Bestellungen: www.bpb.de/shop
Bestellnummer: 3916
ISBN 978-3-8389-7285-5
Redaktionsschluss: 28. Februar 2026

Projektleitung: Dr. Martin Langebach, bpb
Redaktion und Lektorat: Dr. Martin Langebach, bpb; Barbara Lauer, Bonn
Satzlektorat: Alexander Reischert, Köln

Bildredaktion: Franziska Jostmeier, Köln; Dr. Martin Langebach, bpb
Sacharbeit: Mariana Fenske, Ronja Meurer, Bonn

Grafische Konzeption und Umsetzung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln,
www.leitwerk.com

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt/M.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin oder der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Die Inhalte der zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden; für eventuelle Schäden und Forderungen können die bpb und der Autor keine Haftung übernehmen.

Die in diesem Buch abgedruckten Zitate und Textauszüge wurden in ihrer originalen Schreibweise und Rechtschreibung belassen.

Geschlechtergerechte Sprache: Die Bundeszentrale für politische Bildung verwendet geschlechtergerechte Sprache nach den Empfehlungen des Dudens. Für die verfassenden Personen ist dies zum Teil nicht ausreichend. Sie sind der Meinung, dass Menschen, die sich außerhalb eines zweigeschlechtlichen Systems verorten, unsichtbar gemacht werden und befürworten daher eine inklusivere Schreibweise (z. B. Gender-Sternchen*).

Einleitung	4
Martin Langebach	
Kriegsende in Deutschland 1944/45: Ein Panoptikum	14
Annette Weinke	
<hr/>	
WESTZONEN/BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: 1945 bis 1953	40
Neuanfang nach der Niederlage	
Dominik Rigoll	
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: 1953 bis 1964	78
Zwischen Integration und Ausgrenzung	
Gideon Botsch, Barbara Manthe	
SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE/ DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK: 1945 bis 1980	116
Zwischen harter Bekämpfung und stiller Integration	
Enrico Heitzer	
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: 1964 bis 1971	152
Die NPD und die Sammlung der radikalen Rechten	
Frank Bösch	
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: 1971 bis 1990	188
Zersplitterung, Radikalisierung und parlamentarische Retablierung	
Fabian Virchow, Sabine Reimann	
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK: 1980 bis 1990	234
Die radikale Rechte der späten DDR	
David Begrich, Paul Räuber	
DEUTSCHLAND: 1990 bis 2013	258
Jahre der (Selbst-)Wirksamkeit	
Anke Hoffstadt, Michael Sturm	
DEUTSCHLAND: 2013 bis 2025	310
Transformation und Etablierung	
Volker Weiß	
<hr/>	
Zählen und Gedenken – Todesopfer rechter Gewalt seit 1945	352
Franka Maubach, Janosch Steuer	
Die radikale Rechte in der deutschen Demokratie seit 1945	378
Martina Steber	
<hr/>	
Quellen	400
Literatur	410
Bildnachweis	430
Autorinnen und Autoren	438

EINLEITUNG

Die Geschichte der radikalen Rechten ist allgegenwärtig. Sie ist Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. In West wie auch in Ost. Gerne wird sie vergessen, verdrängt oder gar verleugnet. Es ist auch keine Ruhmesgeschichte, die in eine nationale Geschichtsschreibung einer Demokratie passen will – besonders in Deutschland mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit. Und es ist keine vergangene Geschichte, sondern Teil der Gegenwart. Drei Beispiele verdeutlichen dies.

Gewarnt wird aktuell beispielsweise vor Protagonistinnen und Protagonisten der sogenannten Neuen Rechten. Es handele sich dabei um eine intellektuelle Strömung des Rechtsextremismus, die versuche, an Einfluss zu gewinnen, heißt es aus den Nachrichtendiensten. Auch medial wird über sie berichtet, über zentrale Personen sowie ihre Strategien. Doch ist sie so neu, wie es das hinzugefügte Adjektiv vermuten lässt? Tatsächlich sind die in den unterschiedlichen Berichten genannten Personen zu meist relativ jung. Ende zwanzig, Mitte dreißig, in den Vierzigern und mitunter auch in den Fünfzigern. Und ideologisch, heißt es, sprächen sie eine andere Sprache, schwärmten nicht mehr vom ‚Dritten Reich‘, verwendeten nicht mehr den Begriff ‚Rasse‘, sondern ‚Kulturen‘. Umso verwunderlicher erscheint es bei näherer Betrachtung, dass diese Strömung der radikalen Rechten so neu nicht mehr ist: Die Bezeichnung entstand in den frühen 1970er-Jahren, um neu gegründete Gruppen und Zeitschriftenprojekte einzuordnen, die sich von einem bestimmten Spektrum, den ‚Alten‘ der radikalen Rechten, abheben wollten. Dabei entwickelten sie ‚neue‘ Konzepte, die sich vor allem in der Vergangenheit bedienten: Sie wandten sich nationalistischen und völkischen Denkern der Weimarer Republik zu und tauschten das Rassebild gegen den sogenannten Ethnopluralismus. Die ‚Neue Rechte‘ anno 2025 baut darauf auf und ist somit alles andere als neu – auch wenn es der Begriff suggerieren mag. Doch einordnen kann das nur, wer sich mit der Geschichte der radikalen Rechten befasst.

Eine solche Beschäftigung schützt – als zweites Beispiel – auch vor Fehleinschätzungen: Als die Partei Alternative für Deutschland (AfD) 2017 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, war in der Öffentlichkeit verschiedentlich die Rede davon, dass damit ein Damm gebrochen sei. Zum ersten Mal seit Kriegsende, so die Begründung, sei eine Partei, die deutlich ‚rechts von der CDU/CSU‘ stehe, in das höchste deutsche Parlament eingezogen. Dem historischen Faktencheck hielt

das nicht stand. Die Wahrnehmung war vielmehr Ausdruck mangelnden historischen Wissens: Seit Gründung der Bundesrepublik sind Parteien aus diesem politischen Spektrum zu Wahlen auf Bundes- und Landesebene angetreten, wohl wissend, dass in einer Demokratie die politischen Geschicke eines Landes in den Parlamenten verhandelt werden und dort eigene Vorstellungen umgesetzt werden können, wenn die Parteien an die Regierung gelangen. Tatsächlich waren bereits in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags von 1949 bis 1953 Parteien vertreten, die der radikalen Rechten zuzurechnen sind.

Wie weit die ‚Schatten‘ der Vergangenheit reichen, lässt sich an einem dritten Beispiel illustrieren. Am letzten Juli-Wochenende 2008 wurde auf einem Friedhof in Niederbayern ein 79-Jähriger zu Grabe getragen. Die Beisetzung geriet zu einer bundesweiten Meldung. Allerdings weniger wegen des Verstorbenen, sondern vielmehr aufgrund der Grabbeigabe, einer Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz. Hier aber soll der Beigesetzte interessieren: Er wurde 1929 geboren, war Schüler auf einer Adolf-Hitler-Schule und hatte sich kurz vor Kriegsende noch freiwillig zur Waffen-SS gemeldet. Er war, so lässt sich wohl berechtigterweise mutmaßen, ein überzeugter Nationalsozialist. Zum Kriegsende am 8. Mai 1945 war er gerade mal 16 Jahre alt und bei Gründung der Bundesrepublik 1949 nach damaligen Maßstäben noch nicht volljährig. Seinen politischen Idealen blieb er aber auch nach dem Krieg treu: Bereits in den 1950er-Jahren war er in NS-verherrlichenden und neonazistischen Organisationen aktiv. Sein Engagement ließ über die Jahrzehnte nicht nach, nur die Vereine und politischen Parteien, in denen er aktiv war, wechselten. Auch setzte er sich zwischenzeitlich für die Wiedezulassung der NSDAP ein und gründete selbst Organisationen, die dann aber aufgrund der Wesensverwandtschaft mit der damaligen Nazi-Partei verboten wurden. Es ist daher wohl nur folgerichtig, dass ein jüngerer Weggefährte bei der Beisetzung eine entsprechende Flagge über seinem Sarg ausbreitete. Die Szene auf dem Friedhof und die Biografie des Verstorbenen werfen gleich zwei Schlaglichter auf die Geschichte der radikalen Rechten. Das Spektrum dieser radikalen Rechten ist sehr heterogen, es besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Strömungen, Organisationen und entsprechender Biografien. Alle genannten Beispiele verdeutlichen

aber, wie sehr die lange Geschichte der radikalen Rechten in die Gegenwart reicht und diese prägt. Denn die heutigen Protagonistinnen und Protagonisten dieses Spektrums sind oft seit vielen Jahren in einschlägigen politischen Kreisen aktiv und von älteren Gesinnungsgenossen oder Vordenkern als ihren ‚Lehrern‘ geprägt worden. Jener, der seinem verstorbenen Kameraden die Hakenkreuzflagge ins Grab gab, war seinerzeit gerade 45 Jahre alt und gilt noch heute als einer der wichtigsten Neonazis in Deutschland.

Terra incognita?

Die explizite Auseinandersetzung mit der Geschichte der radikalen Rechten ist ein vergleichsweise junges Thema in der zeitgeschichtlichen Forschung. In den Sozialwissenschaften, vor allem aber in den Medien wurde, zumindest in der Bundesrepublik, indes schon immer über sie geschrieben. Bereits in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren berichtete die Tagespresse über den Fortbestand nationalsozialistischer Strukturen und Protagonisten sowie über neue Netzwerke, die entstanden (Buschke 2003). Und erste, wenn auch wenige Publikationen analysierten die wieder aufflammenden Gefahren (bspw. Büsch/Furth 1957; Jenke 1961). Das Auftreten der radikalen Rechten wurde dabei oft als Fortleben jener ‚alten Kräfte‘ interpretiert, die aus dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reichs‘ nichts gelernt hätten. Diese Beobachtung war zugleich mit der Wahrnehmung verbunden, dass „mit dem Aussterben der Generation, die den Nationalsozialismus bewußt erlebt und bejaht“ hatte, sich auch das Problem des Rechtsradikalismus als obsolet erweisen würde (Knütter 1961: 208). Mit dem Erfolg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre nahmen die Publikationen zum Thema der radikalen Rechten zu – sie handelten vom Aufstieg der Partei (bspw. Maier/Bott 1968; Niethammer 1969), weniger von deren Abstieg; sie befassten sich mit der ‚Hitler-Welle‘ und dem Aufkommen einer jungen neonazistischen Rechten in den späten 1970er- und 1980er-Jahren (bspw. Paul/Schoßig 1979; Herb et al. 1980; Benz 1984; Dudek 1985).

In der DDR war das anders. Hier konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die Medien kein eigenes Bild davon machen, wie es um das Fortleben alter oder das Aufblühen neuer Kräfte der radikalen Rechten bestellt war. Doch wussten sie durchaus,

wer in ihrem Umfeld eine entsprechende Einstellung hatte – offen geredet wurde darüber aber nicht. Das änderte sich erst langsam in den 1980er-Jahren, als oppositionelle Gruppen auf die wachsende Gefahr hinwiesen – publizistisch wurde das Thema aber erst seit circa 1989 bearbeitet.

Im vereinten Deutschland wurden die verschiedenen Entwicklungen der radikalen Rechten ab 1990 von einer Vielzahl neuer Publikationen und Artikel begleitet – zu viele, um sie hier alle nennen zu können. Ihre Darstellungen und Analysen informierten und sensibilisierten; sie leisteten damit eine wichtige Aufklärungsarbeit. Bis heute sind sie nicht nur eine interessante Lektüre, sondern vor allem eine wichtige Quelle, um die jeweiligen zeitgenössischen Perspektiven zu verstehen.

Historiografien

Doch wenn auch die Literatur der vergangenen Jahrzehnte zur radikalen Rechten Bibliotheken füllt, ist eine explizite Geschichtsschreibung des Spektrums bislang nur selten vorgenommen worden. Als wegweisend ist dabei die Arbeit von Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke hervorzuheben, die als Politik-

wissenschaftler die „Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“ (1984) analysierten. Wenige Jahre später entwarfen Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz in „Rechtsradikale in Deutschland“ (1992) ein aktuelles Lagebild unter besonderer Berücksichtigung der Vorgeschichte seit 1945. Erst 2012 folgte mit der Monografie „Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute“ von Gideon Botsch eine systematische Darstellung entlang der Jahrzehnte. Sein Buch kann rückblickend als Ausgangspunkt historischer Analysen betrachtet werden, auch wenn eine erste umfassende Geschichte einer wichtigen Nachkriegsorganisation im Jahr zuvor erschienen war (Wilke 2011). Seitdem nahm das Interesse der Zeitgeschichtsforschung langsam, aber beständig zu. Knud Andresen, Thomas Großbölting und Kirsten Heinsohn (2023) verbinden das rückblickend auch mit dem 52. Deutschen Historikertag 2018 in Münster, den sie als Zäsur erachten: Dort sei „die lange Abstinenz der deutschen Zeitgeschichtsforschung zu Fragen nach Rassismus und Rechtsextremismus festgestellt und beklagt“ worden (ebd.: 13). Während der Folgejahre erwachsen sodann Forschungsverbünde und -pro-

jekte, in denen sich oftmals die jüngeren Historikerinnen und Historiker dem Thema zuwandten. Deren Interesse schlug sich nieder in einer Vielzahl von Veröffentlichungen der vergangenen Jahre, die sich beispielsweise mit der „Rückkehr des Nationalismus“ (Frei et al. 2019) oder generell mit dem Spektrum ab 1945 (Archiv für Sozialgeschichte 2023) auseinandersetzen, sich dessen Gewaltgeschichte widmen (bspw. Kössler/Steuwer 2023; Puls/Virchow 2023; Muschiol 2024; Manthe 2026) oder die Geschichte von Parteien (Fischer 2024), (Vor-)Denkern (Tändler 2025a; Müller-Zetzsche 2026) sowie wechselseitigen Beziehungen zwischen Akteuren der extremen Rechten und demokratischen Kräften ausleuchten (Krahwinkel 2025). Wieder andere rücken die Biografien vor allem männlicher Protagonisten in den Mittelpunkt (Botsch et al. 2023), die Verbotspraxis der Bundesrepublik in Bezug auf rechtsextreme Vereinigungen und Organisationen (Virchow et al. 2017) oder die „Lebenswelten der radikalen Rechten in der Bonner Republik“ (Bösch/Botsch 2026). Parallel setzte sich die jüngere Forschung auch explizit mit entsprechenden Entwicklungen in der DDR auseinander (bspw. Waibel 2017; Wellgraf 2026). Der Output besteht aber nicht nur in den erwähnten Monografien und Sammelbänden, sondern auch in einer Vielzahl anderer Bücher und vor allem Aufsätze, die sich mit spezifischen zeithistorischen Fragestellungen zum ‚Objekt‘ befassen und in entsprechenden Fachzeitschriften erschienen sind. Hinzu kommen erste Ausstellungen zum Thema wie jene im Münchener NS-Dokumentationszentrum 2017/18 unter dem Titel „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“ (Nerdinger 2017).

Von diesen Perspektiven und Forschungsergebnissen ist der vorliegende Band inspiriert. Das *Zeitbild* „Deutschlands radikale Rechte. 1945 bis 2025“ möchte die Kontinuitäten und Brüche der radikalen Rechten sichtbar machen und zeigen, dass sich dieses Spektrum stetig veränderte – organisatorisch, personell, weltanschaulich – und verjüngte, aber nie verschwand, sondern mit unterschiedlicher Reichweite Diskurse sowie die Öffentlichkeit und Politik beeinflusste. Es möchte damit aber auch eine aktuelle Debatte fundieren und zeigen, dass heutige Ausprägungen der radikalen Rechten Vorläufer sowie Vorgeschichte haben und dass es zum Verständnis der gegenwärtigen Situation unerlässlich ist, dieses Gewordensein zu verstehen.

Ein Thema, viele Begrifflichkeiten

Auf den vorherigen Seiten ist bereits eine Vielzahl von Begriffen gefallen, mit denen das hier in Rede stehende Spektrum in Gänze oder Teilen charakterisiert wird. Sie sind in der Regel Ausdruck einer spezifischen Perspektive: Die Bezeichnung als ‚neonazistisch‘ hebt auf ein Spektrum ab, das sich unverhohlen zum Nationalsozialismus, dessen ‚Volksgemeinschaft-‘ und Rassegedanken bekennt. Der Begriff des ‚Rechtsextremismus‘ ist zumeist deutlich breiter angelegt und wird einerseits in Anlehnung an die Vertreter des Extremismus-Modells (Backes/Jesse 1989) als Sammelbegriff für jene rechten Gruppierungen genutzt, die die Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaats missachten beziehungsweise danach trachten, diese zu beseitigen. Andererseits wird der Begriff aber auch losgelöst von dieser expliziten normativen Rückbindung (Jaschke 2001; Stöss 2005) oder zur Charakterisierung eines komplexen Einstellungsmusters bemüht (bspw. Decker/Brähler 2006; Kreis 2007).

Ohne sich zu sehr in den Weiten der Begriffsdebatten verlieren zu wollen, sei noch auf drei andere Begriffe verwiesen: In Abgrenzung zum normativ aufgeladenen Extremismus-Begriff wird häufig die Sammelbezeichnung ‚extreme Rechte‘ genutzt, die inhaltlich an der erwähnten Rechtsextremismus-Definitionen von Hans-Gerd Jaschke und Richard Stöss anschließt, aber explizit den Begriff des ‚Extremismus‘ vermeiden möchte. ‚Rechtsradikalismus‘ hingegen war der ursprünglichere Begriff zur Benennung dieses Spektrums, bis er ab den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik nach und nach vom Rechtsextremismus-Begriff abgelöst wurde. Heute kennzeichnet er in der Regel politische Akteure, die eine weit rechts stehende Agenda vertreten, aber noch keine Antidemokraten sind. Der an den Faschismus anknüpfende Begriff des ‚(Neo-)Faschismus‘ schließlich war wiederum in der DDR verbreitet und wurde teilweise auch bis in die 1990er-Jahre in der Bundesrepublik von linken Journalistinnen und Wissenschaftlern benutzt, um auf die Kontinuitäten des politischen Spektrums abzuheben. In den jüngeren Diskussionen über die zunehmend autoritär-nationalistischen Entwicklungen in den USA erlebt der Faschismus-Begriff aktuell eine gewisse Renaissance (bspw. Snyder 2024; Stanley/Finkelstein 2022).

Radikale Rechte

Mit jenem Problem der Vielzahl an Begriffen sah sich auch der Zeithistoriker Damir Skenderovic konfrontiert, der eine solche Geschichte der radikalen Rechten für die Schweiz verfasste. Trotz der begrifflichen Differenzen, so führt er aus, bestehe meistens ein Grundkonsens, dass sich das politische Spektrum grundsätzlich in rechts und links aufteilen ließe. Eine weitere Differenzierung setze dann ein, wenn es darum gehe, die genauere ideologische Vertorfung zu benennen. Als der geeignetste Sammelbegriff erscheint ihm dabei ‚radical right‘ (Skenderovic 2009: 13). In der internationalen politikwissenschaftlichen Forschung war und ist er weit verbreitet (bspw. Kitschelt 1997; Art 2011; Rydgren 2018), für die Geschichtswissenschaft machte ihn nun Skenderovic zugänglich. ‚Radical right‘ sei primär ein Sammelbegriff, erklärt er, unter dem verschiedene, weit rechts zu verortende politische Strömungen erfasst würden: solche, die (gerade) noch demokratisch wären, sowie solche, die aus ihrer Ablehnung der Demokratie keinen Hehl machten. Er bietet also die Möglichkeit, das ganze Spektrum darzustellen. Gleichwohl betonte Skenderovic, was auch für diesen Band gilt: Der Begriff ‚radikale Rechte‘ ist eine Sammelbezeichnung, aus der nicht grundsätzlich abgeleitet werden kann, dass diese insgesamt antidemokratisch ist (Skenderovic 2009: 16; auch → Steber: 382f.). Dies zeigen auch die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbands in ihren Beiträgen, die die Heterogenität des politischen Spektrums verdeutlichen, indem sie dem ‚catch all‘-Begriff spezifischere Bezeichnungen zur Kategorisierung vorziehen, wenn es angebracht ist.

Aufbau des Buches

Die Geschichte der radikalen Rechten beginnt in einem verwüsteten Land. Was das bedeutet, daran erinnert Annette Weinke. In ihrem Panoptikum der letzten Kriegsmonate zeigt sie, wie sich der nationalsozialistische Terror in dieser Zeit noch einmal zuspitzte und auch gegen zuvor loyale Bürgerinnen und Bürger wandte, die nicht mehr an die Parolen vom ‚Endsieg‘ glaubten. Auch wenn die vorrückenden alliierten Truppen nach und nach die Inhaftierten aus Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern befreiten und in ihrem Rücken die Kampfhandlungen weitestgehend eingestellt wurden, lag die Welt um die Menschen herum in Trümmern. Die bereits zu Kriegszeiten geschmiedete Nachkriegsordnung sollte

das Leben in Deutschland, aber auch in ganz Europa verändern. Und diese Ordnung hatte einen Einfluss auf die Genese der radikalen Rechten, die im weiteren Verlauf chronologisch erzählt wird. Die Einteilung erfolgt nicht entlang von Jahrzehnten, sondern zielt auf Entwicklungsprozesse des Spektrums ab, die selbstverständlich auch von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt sind.

Dominik Rigoll und Enrico Heitzer knüpfen an die Darstellungen von Annette Weinke an und zeigen, dass die Genese der radikalen Rechten im Nachkriegsdeutschland bereits in den Wochen und Monaten vor der nationalsozialistischen Kapitulation begann. Die verschiedenen politischen Verhältnisse in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten und der Sowjetunion, die 1949 Ausgangspunkt der Gründung zweier deutscher Staaten waren, determinierten jedoch ihre Entwicklung. Im Westen gründete sich in den ersten Jahren des noch jungen Staates eine Vielzahl von Organisationen, Parteien und Verlagen. Die radikale Rechte hoffte auf eine Renaissance.

Doch insbesondere die neonazistischen Akteure mussten erleben, dass der neue Staat aus den Erfahrungen der Weimarer Republik gelernt hatte und sich wehrhaft zeigte, als er 1953 die Sozialistische Reichspartei verbot. Gideon Botsch und Barbara Manthe legen in ihrem Beitrag dar, wie sich das Spektrum nach diesem Verbot vermehrt nach innen wandte und eine Stammkultur ausbildete, die für Jahrzehnte prägend bleiben sollte.

In der DDR hingegen konnte sich ein solch breites Spektrum erst gar nicht herausbilden: Der repressive Charakter des neuen SED-Regimes unterdrückte alle abweichenden politischen Regungen. Nur vereinzelt, aber an vielen unterschiedlichen Orten des Landes, bildeten sich im Untergrund Kleinstgruppen, die ideologisch der radikalen Rechten zuzuordnen sind, wie Enrico Heitzer mit verschiedenen ‚Tiefenbohrungen‘ zeigt. Zugleich gilt hier: Die Forschungslage zu diesem politischen Spektrum in der DDR steckt im Vergleich zur Bundesrepublik noch in den ‚Kinderschuhen‘ und ist mit den üblichen Problemen der Forschung zu oppositionellen Protagonistinnen und Protagonisten in Diktaturen verbunden. Von ihnen sind nur sehr selten Zeugnisse erhalten. Die meisten Kenntnisse über sie resultieren aus polizeilichen Ermittlungen und vor allem aus der Überwachung durch den Staat.

In der Bundesrepublik, so betont Frank Bösch, hatte erst 1964 ein (neuerlicher) Sammlungsversuch der radikalen Rechten Erfolg. Die NPD zog in den Folgejahren in verschiedene Landesparlamente ein. Ihr Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1969 markierte das Ende ihres (ersten) Aufstiegs. Dem folgte ein schneller Abstieg, der 1971 besiegelt war.

Fabian Virchow und Sabine Reimann zeigen für den weiteren zeitlichen Verlauf der Bundesrepublik, wie sich die radikale Rechte Anfang der 1970er-Jahre aufsplitterte und unterschiedliche Strömungen entstanden – darunter militante neonazistische Akteure, die sich mit Anschlägen und Attentaten in die politische Gewaltgeschichte des Landes einschreiben sollten.

In der DDR entwickelte sich hingegen erst in den 1980er-Jahren ein mit dem ‚Westen‘ vergleichbares Milieu, wie David Begrich und Paul Räuber zeigen. Als sich schließlich im November 1989 die Grenzen öffneten, fanden Protagonisten der radikalen Rechten aus dem Westen an vielen Orten im Osten Ansprechpartner, die zu einem zügigen ‚rechten Aufbau Ost‘ führten. Mit dem 3. Oktober 1990 enden sowohl Virchow und Reimann als auch Begrich und Räuber.

Auch wenn sich zu diesem Zeitpunkt bereits eine grenzübergreifende radikale Rechte formiert hatte, brach sich dieses Spektrum, so zeigen Anke Hoffstadt und Michael Sturm, erst jetzt vollständig Bahn: Eine seit dem Kriegsende nicht mehr da gewesene Gewaltwelle von rechts erschütterte das vereinigte Land. Brandanschläge mit rassistischen Motiven waren beinahe an der Tagesordnung, ebenso Angriffe auf viele andere Menschen, die nicht ins Weltbild der vorwiegend jungen neonazistischen Männer passten. Die staatlichen Reaktionen, die sich unter anderem in Verboten entsprechender Vereine zeigten, trugen zu einem Wandel dieser Strömung der radikalen

Rechten und dem Wiederaufstieg der NPD bei. Diese heute als „Baseballschlägerjahre“ (Christian Bangel) bekannte Zeit schrieb sich mit Gewalt und Terrorismus in die Geschichte des noch jungen vereinigten Landes ein. Der ‚zweite Frühling‘ der NPD währte zwar länger als in den 1960er-Jahren, endete aber erneut in der Marginalisierung. Dazu hatte die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) 2011 und eine damit erneut einsetzende Diskussion um ein Verbot der Partei beigetragen.

Vor allem aber hängt ihr Abstieg 2013 mit dem Aufstieg eines neuen Akteurs namens AfD zusammen, wie Volker Weiß in seinem Beitrag zeigt. Die zunächst als euroskeptische Professorenpartei bezeichnete Neugründung habe eine stete Radikalisierung vollzogen, die schließlich dazu führte, dass verschiedene Landesämter für Verfassungsschutz einzelne AfD-Landesverbände als „gesichert extremistisch“ einstufen. 2025 zog das Bundesamt für Verfassungsschutz nach und übernahm diesen Befund für die gesamte Bundespartei. Gegen diese Beurteilung klagte die AfD. Im Februar 2026, kurz vor Drucklegung dieses Buchs, gab das zuständige Verwaltungsgericht Köln einem ebenfalls gestellten Eilantrag der Partei recht, dass der Nachrichtendienst sie bis zum Abschluss des anhängigen Hauptsacheverfahrens, in dem es im Kern um die Einstufung gehen werde, nicht als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einstufen und behandeln dürfe.

Franka Maubach und Janosch Steuer wenden sich im Anschluss an die Beiträge zur Entwicklung der radikalen Rechten deren ‚Blutspur‘ zu. Gewalt von rechts zog sich durch die Nachkriegsgeschichte und tut dies bis heute. Sichtbar gemacht wird sie ab den 1990er-Jahren mit der Zählung der Todesopfer dieser Gewalt und der Erinnerung an die vielfältigen Lebensgeschichten der Getöteten. Doch bilden diese Dokumentationen tatsächlich vollständig ab, wie viele Menschen seit 1945 aus Motiven getötet wurden, die ideologisch der radikalen Rechten zuzuordnen wären?

Eine andere Frage wirft Martina Steber abschließend auf – eine Frage, die mit Blick auf die Bewertung der Geschichte Deutschlands seit 1945 elementar sei: Muss nicht die

deutsche Nachkriegsgeschichte, die in Hinblick auf die Bundesrepublik unter Auslassung der radikalen Rechten in der Regel als erfolgreiche Aufstiegs-geschichte erzählt wird, neu geschrieben werden?

Akteure sowie Protagonistinnen und Protagonisten

Der Überblick zur Entwicklung der radikalen Rechten von 1945 bis 2025 in diesem Band nennt eine Vielzahl von Personen, Medien und Organisationen. Doch handelt es sich letztendlich nur um Ausschnitte, Aufzählung und Darstellung sind nie erschöpfend. Dafür ist dieses politische Spektrum zu weitreichend. Dies gilt es auch bei den ausgewählten Kurzporträts zu beachten, die neben den Beiträgen zu finden sind. Die Auswahl fiel nicht leicht. Die dargestellten Protagonistinnen und Protagonisten haben eine besondere Bedeutung für das politische Spektrum in den jeweiligen Zeitabschnitten, gleichwohl repräsentieren sie auch verschiedene Strömungen. Dass unter den so hervorgehobenen Personen nur wenige Frauen sind, liegt mitunter an den zeithistorischen Umständen, vor allem aber daran, dass die radikale Rechte in erster Linie von Männern geprägt wurde und wird. Dennoch waren und sind Frauen auch aktive Protagonistinnen, nur wurden ihnen in der Vergangenheit andere Aufgaben zuerkannt, als eine Partei zu leiten, eine Zeitschrift zu publizieren oder eine Führungsrolle einzunehmen (bspw. Röpke/Speit 2011; Dubslaff 2022). Letztlich geht aber auch an der radikalen Rechten der Zeitgeist nicht ganz vorbei, wie einige Porträts und vor allem die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, in denen Frauen eine deutlich ‚politischere‘ Rolle zukommt.

Betroffene

Gewalt in all ihren Facetten ist für einen nicht unerheblichen Teil der radikalen Rechten integraler Bestandteil ihrer Politik und ihres Handlungsrepertoires. Verloren geht bei solchen Darstellungen häufig der Blick auf die davon Betroffenen. Die Erfahrung von Bedrohung, körperlichen Angriffen und Brandanschlägen hinterließ und hinterlässt bei den Menschen Spuren bis hin zu lebenslangen Traumata. Das gilt auch und besonders für Angehörige, die geliebte Menschen durch solche Angriffe verloren haben. Lange Zeit kamen diese Stimmen in der Öffentlichkeit kaum vor. Erst die kritische

Auseinandersetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen mit den Morden des NSU sowie die Selbstermächtigung der Betroffenen nicht nur dieser Mordserie, sondern auch von vorherigen oder nachfolgenden Anschlägen trugen dazu bei, dass es heute viel selbstverständlicher ist, Betroffenen und Angehörigen zuzuhören (→ Hoffstadt/Sturm: 307ff.). In der vorliegenden Publikation finden sich einige dieser Stimmen – abgehoben von den Texten – wieder. Sie lassen erahnen, welches Leid den Menschen zugefügt wurde.

Leerstellen

Der vorliegende Band streift mit seinen Darstellungen immer wieder die vielfältigen Proteste gegen die radikale Rechte, gegen ihre Ideologie, gegen ihre Gewalt. Über die Jahrzehnte werden dabei ganz unterschiedliche Akteure sichtbar: Überlebende der NS-Herrschaft und ihre Interessenvertretungen, Gewerkschaften, Parteien, zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse, antifaschistische Gruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung sowie viele Bürgerinnen und Bürger, die Sorge bis Angst hatten und haben vor dem Erstarken demokratiefeindlicher Positionen von rechtsaußen. Eine systematische Darstellung dieser Proteste steht noch aus. Der vorliegende Band kann das nicht leisten. Gleiches gilt für die staatlichen Maßnahmen gegen die extremistische Rechte: Sie werden benannt, aber nicht ausführlich dargelegt. Auch diese Geschichte der wehrhaften Demokratie muss an anderer Stelle entwickelt und erzählt werden. Eine Leerstelle bleibt ferner die Genese und Entwicklung der vielfältigen pädagogischen Bemühungen und Konzepte, um das Abrutschen vor allem junger Menschen in den rechten Radikalismus beziehungsweise Rechts-extremismus zu verhindern. Sie entstanden, als die Bundesrepublik Ende der 1970er-Jahre von einer ‚Hitler-Welle‘ erfasst wurde und sich neonazistische Gruppen zunehmend verjüngten. Als die Gewalt von rechts Anfang der 1990er-Jahre bisher nicht gekannte Dimensionen erreichte, wurden schließlich die ersten Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus entwickelt, die im Laufe der Jahrzehnte zur Professionalisierung der pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus jenseits repressiver staatlicher Maßnahmen beitrugen. Doch auch diese Geschichte muss an anderer Stelle ausführlich erzählt werden.

Bildauswahl

Das Format *Zeitbilder*, in dessen Reihe dieser Band erscheint, setzt explizit auf die Verbindung von Text und Bild in Form von Fotografien von Akteuren, Protagonistinnen, Protagonisten und Ereignissen sowie auf Abbildungen von Zeitschriften- und Buchtiteln, Plakaten, Flugblättern und internen Schreiben, Musikkassetten, Schallplatten, CDs oder DVDs, Aufklebern, Abzeichen und Buttons sowie anderer in diesem Spektrum produzierter Artefakte. Doch während die Archive, die vor allem auf Druckerzeugnisse spezialisiert sind, über weitreichende Bestände verfügen, stellte sich die Suche nach Fotomaterial insbesondere zu den frühen Jahrzehnten als Herausforderung dar.

Die Tagespresse der Bundesrepublik berichtete, wie erwähnt, regelmäßig über die jeweils wichtigen Gruppierungen, Ereignisse und vor allem Vorkommnisse und illustrierte die Artikel mit entsprechendem

Bildmaterial. Doch während die Zeitungen, von denen viele Titel mittlerweile eingestellt sind, in Archiven aufbewahrt werden, sind die Bildoriginale beziehungsweise Bildarchive oftmals verloren gegangen. Das gilt auch für die Arbeiten von Pressefotografinnen und -fotografen, zu deren Portfolio die Bildberichterstattung über die radikale Rechte gehörte. Nur wenige sind noch in begrenztem Umfang über Bildagenturen erhalten oder in Archiven zugänglich. Der damit verbundene Verlust wird kaum bis gar nicht wahrgenommen. Eine systematische Erfassung der wichtigsten Fotografinnen und Fotografen und ihrer Arbeiten steht aus.

Für die DDR stellt sich das Problem bezüglich des Bildmaterials noch einmal dramatischer dar. In jenem Staat, in dem es eine radikale Rechte qua Staatsverständnis nicht geben durfte, gab es im Grunde keine unabhängige mediale Berichterstattung zu etwaigen Gruppierungen oder Vorkomm-

nissen. Entsprechend fehlen auch Eigenpublikationen oder Fotografien der Protagonistinnen oder Protagonisten selbst – zu umfassend und allgegenwärtig war die staatliche Überwachung beziehungsweise die Sorge davor, in den Fokus der Staatssicherheit zu geraten. Dass die Angst berechtigt war, zeigen die zahllosen Akten, die seit den 1990er-Jahren für die Forschung zugänglich sind und bei den Behörden des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin (BStU) beziehungsweise im Bundesarchiv liegen. Die Beiträge zur Entwicklung der radikalen Rechten in der sowjetisch besetzten Zone und der DDR ab 1949 (bis 1990) stützen sich – mit der notwendigen Quellenkritik – auch auf sie. Die Akten beinhalten in der üblichen Akribie des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), soweit es aktuell bekannt ist, die einzigen Fotos entsprechender Akteure, Vorkommnisse und Ereignisse. Entstanden sind sie bei Überwachungsmaßnahmen, nach Festnahmen oder bei der Sicherung von Beweismitteln an tatsächlichen oder vermeintlichen Tatorten.

Die Bilderstreifen, das soll abschließend betont werden, dienen nicht der Ästhetisierung der radikalen Rechten und möchten dem auch nicht Vorschub leisten. Die Bilder sollen vielmehr verdeutlichen, wie sich dieses politische Spektrum in den jeweiligen Zeiträumen darstellte, wie es auftrat, wie es aussah. Damit werden auch die äußerlichen Wandlungsprozesse sichtbar.

Danksagung

Diese Einleitung möchte ich nicht schließen, ohne jenen zu danken, die mit ihrer Hilfe maßgeblich zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben:

Prof. Dr. Martina Steber, Dr. Barbara Manthe, Prof. Dr. Fabian Virchow und Prof. Dr. Gideon Botsch für die kritische Kommentierung des Buchkonzepts und die Diskussion über die Periodisierung der Geschichte der radikalen Rechten zwischen 1945 bis 2025.

Franziska Jostmeier, die sich als Bildredakteurin mit unglaublicher Verve auf die Suche nach Aufnahmen begeben und so manchen Schatz gehoben hat.

Den Mitarbeitenden von Archiven, die hier nicht alle genannt werden können. Sie unterstützten die Suche nach Fotografien oder Materialien, die in Archivboxen schlummerten und nun teilweise Eingang in diesen Band gefunden haben.

Barbara Lauer für ihr enthusiastisches, einfühlsames und sorgfältiges Lektorat der Texte. Andrea Tacke, Julia Kaltenbach und ihren Kolleginnen und Kollegen bei Leitwerk für die Offenheit gegenüber den Ideen bei der Gestaltung dieses Buches. Alexander Reischert für das umsichtige Satzkorrekturat. Und schließlich den Kolleginnen Mariana Fenske und Ronja Meurer für ihre mitdenkende Sacharbeit.

Schließlich möchte ich den vielen Kolleginnen und Kollegen an Hochschulen und Forschungsinstituten und jenseits davon danken, die selbst zum Teil seit Jahren und Jahrzehnten zum Thema forschen und veröffentlichen und mit ihrer Arbeit immer neue Perspektiven auf das Thema eröffnen. Viele standen mit ihrem Wissen und guten Rat zur Seite, und ihre Vorschläge sind in die Konzeption und Bildauswahl des Bandes eingeflossen. Zu hoffen bleibt, dass dieses vorliegende *Zeitbild* zu einem tiefergreifenden Verständnis der Entwicklung der radikalen Rechten von 1945 bis 2025 beiträgt. Nicht mehr. Nicht weniger.

Bonn, 28. Februar 2026
Martin Langebach